



Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Regierungschef Dr. Daniel Risch
Regierungsgebäude
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz

Triesen, 16. Oktober 2023

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung über die Abänderung des SBGPVG (nachhaltige Ausrichtung der Pensionskasse des Staatspersonal) LNR 2023-1276

Sehr geehrter Herr Regierungschef Risch, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zum oben erwähnten Vernehmlassungsbericht Stellung und bedanken uns für die Möglichkeit dazu.

Der Sachwalterverein begrüsst grundsätzlich die vorgeschlagenen Massnahmen:

- Aussonderung einer Rentnerkasse für vor dem 30. Juni 2014 entstandene Renten
- Ausfinanzierung weiterer Rentenfälle (die nach dem 30. Juni 2014 entstandenen Renten)
- Möglichkeit der Wahl eines vom Anlageerfolg abhängigen Rententeils (variabler Teil)
- Erhöhung der Sparbeiträge
- Verzicht auf die Rückzahlung des Darlehens.

Die Aussonderung einer geschlossenen Rentnerkasse sowie die Ausfinanzierung weiterer Rentenfälle in einem offenen Vorsorgewerk befürworten wir. Der technische Zinssatz von 1 % für die Rentnerkasse genügt aus unserer Sicht nur aufgrund der Sanierungspflicht der Arbeitgeber, andernfalls wäre er zu hoch angesetzt.

Der Deckungsgrad würde mit allen geplanten Massnahmen von 90 % auf 103,3 % per 31. Dezember 2022 steigen. Dies ist nach wie vor sehr tief. Die Wahl einer Bonusrente funktioniert nach unserer Ansicht erst ab einem Startdeckungsgrad von 115 %. Erfolgsversprechender zur Erreichung dieser Massnahme wäre das Anstreben einer höheren staatlichen Ausfinanzierung.



sachwalter
verein

Eine nachhaltige Sanierung kann aus unserer Sicht nur nachgewiesen werden, wenn eine detaillierte Asset-Liability-Management Studie vorliegt. Anhand dieser Studie könnte bestätigt werden, dass die Bildung von Wertschwankungsreserven mittelfristig möglich ist. Bis zum Vorliegen dieser Studie sind von unserer Seite Zweifel angebracht.

Die Erhöhung der Sparbeiträge stabilisiert das Leistungsziel. Die Erhöhung ist aber für die Aktivversicherten erneut eine Zusatzbelastung. Wiederum müssen die Versicherten für die fehlende Finanzierung der SPL aufkommen. Wir vertreten die Ansicht, dass weitere Belastungen der Aktivversicherten nicht mehr zumutbar sind.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüße

Martina Haas
Präsidentin

Benedikt Jehle
Vizepräsident